

Stettiner



105. Jahrgang der „Privilegierten Stettiner Zeitung.“

No. 128.

Abend-

Donnerstag den 15. März.

Zeitung

Ausgabe.

1860.

Amtliche Nachrichten.

Der Thierarzt erster Klasse Große zu Rheine ist zum Kreis-Thierarzt für die Kreise Steinfurt und Tecklenburg, im Regierungsbezirk Münster, ernannt worden.

Allerhöchster Erlass, betreffend die Fortbildung der evangelischen Kirchenverfassung in den östlichen Provinzen der Monarchie.

Auf den von Ihnen und dem Evangelischen Ober-Kirchenrat erstatteten Bericht vom 31. Dezember 1859 bestimme Ich, um die bereits durch die Ordre vom 29. Juni 1850 eingeleitete, jedoch nur zum Theil in das Werk geführte Einführung einer kirchlichen Gemeinde-Ordnung in den östlichen Provinzen der Monarchie, mit Hülfe der inzwischen gewonnenen Erfahrungen, zum Abschluß zu bringen und dadurch einen weiteren Ausbau der Verfassung der evangelischen Kirche anzubahnen, hierdurch Folgendes:

- 1) In allen evangelischen Gemeinden, in welchen ein für die inneren und äußeren Angelegenheiten derselben bestellter kirchlicher Gemeinde-Vorstand (Presbyterianum, Gemeinde-Kirchenrat) noch nicht besteht, ist ein solcher einzurichten.
- 2) Zu diesem Zwecke werden in jeder Gemeinde mindestens zwei, höchstens zwölf Familien- oder Hausväter, mindestens dreißig Jahre alt, von unbescholtener Rufe und christlichem Leben und Wandel erwählt und mit den bereits vorhandenen Kirchenvorstehern unter dem Vorsteher des Pfarrers zu einem Kollegio vereinigt. Wo besondere Bedenken dieser Vereinigung entgegenstehen, bleibt es der Kirchenbehörde vorbehalten, darüber eine anderweite Festsetzung zu treffen. Sind mehrere Geistliche bei der Kirche angestellt, so führt der erste, bei gleicher Berechtigung der älteste den Vorst., während die übrigen dem Kollegio als Mitglieder — Hulfsprediger auf nicht fundirten Stellen mit blos berathender Stimme — angehören.
- 3) Der Vorschlag und die Wahl der neuen Mitglieder geschieht in der durch die Grundzüge einer kirchlichen Gemeinde-Ordnung vom 29. Juni 1850 §. 7 vorgeschriebenen Weise. Als Ausnahme kann unter besonderen Umständen an die Stelle der Wahl bei der ersten Begründung, auf den Vorschlag des Patrons und des Pfarrers, die Denomination durch den Superintendenten treten, vorbehaltlich des Rechts der Gemeinde, wegen Mangels der in Nr. 2 aufgestellten Erfordernisse der Wählbarkeit Einspruch zu erheben. Diese Ausnahme kann jedoch nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Evangelischen Ober-Kirchenrats, unter Beistimmung des Ministers der geistlichen Angelegenheiten, stattfinden. An den bestehenden Berechtigungen in Betreff der Ernennung der bisherigen Kirchen-Vorsteher wird hierdurch nichts geändert, jedoch sollen die Vorsteher bei den Kirchen landesherrlichen Patronats, vorbehaltlich weiterer Anordnung, aus der Zahl der qualifizirten Mitglieder der Gemeinde-Kirchenräthe ernannt werden.
- 4) Der neu gebildete kirchliche Gemeinde-Vorstand hat den Beruf, die christlichen Gemeindethätigkeit zu fördern und zu pflegen und die Kirchen-Gemeinde in ihren inneren und äußeren Angelegenheiten zu vertreten.
- 5) Die unmittelbare Verwaltung des Kirchenvermögens wird durch die bisherigen, in den Gemeinde-Kirchenräthe aufgenommenen Kirchenvorsteher — Allgem. Landr. Theil II. Tit. 11 §§. 619—621 — fortgeführt. Wo es nach Vorschrift der Gesetze der Wahl besonderer Repräsentanten der Gemeinde bedarf, wie bei der Auslegung neuer kirchlicher Abgaben, behält es dabei sein Bewenden.
- 6) Die verfassungsmäßigen Attributionen der Kirchenregimentlichen Behörden, des geistlichen Amts und die Gerechtsame des Patronats werden durch diese neue Einrichtung nicht berührt, und bleiben dieselben in ihrer bisherigen Geltung bestehen. Dasselbe gilt in Bezug auf die den einzelnen Gemeindegliedern oder der Gemeinde im Ganzen bei Pfarrbesetzungen zustehenden Berechtigungen. Auch wird in dem Bekennnisstande der Gemeinde und in ihrer Stellung zur Union nichts geändert.
- 7) Den evangelischen Patronen soll künftig allgemein das Recht zustehen, zu jeder Zeit persönlich, oder durch Einsicht in die über die Sitzungen aufzunehmenden Protokolle von den Verhandlungen der Gemeinde-Kirchenräthe Kenntniß zu nehmen und da, wo sie ihre gesetzlichen Rechte durch einen gesachten Beschluß beeinträchtigt glauben, an das Konsistorium Rekurs einzulegen.
- 8) Wo die Einführung der Gemeinde-Kirchenräthe so weit vollendet ist, daß die Bildung von Kreis-Synoden ausführbar erscheint, soll mit der Einrichtung und Berufung derselben unverwult vorgegangen werden. Den Kreis-Synoden wird die Unterstützung der Superintendenten in den ihnen zu-

stehenden Aufsichtsbefugnissen, die Wahrnehmung der den beteiligten Gemeinden gemeinsamen kirchlichen Interessen und das Recht der Entscheidung in bestimmten näher zu bezeichnenden Fällen, namentlich in Fragen der kirchlichen Zucht, so wie eine Mitwirkung bei der weiteren Ausbildung der kirchlichen Verfassung zuzuweisen sein.

Der Evangelische Ober-Kirchenrat ist beauftragt, wegen Ausführung dieser Meiner Ordre, im Einvernehmen mit dem Minister der geistlichen Angelegenheiten, das Weitere anzuordnen, und erwarte Ich von denselben umso mehr eine kräftige Förderung dieser Angelegenheit, als Ich, wie Ich bereits in Meiner Ordre vom 2. August 1858 dem Evangelischen Ober-Kirchenrat öffnet habe, in der Durchführung der kirchlichen Gemeinde-Ordnung die wesentliche Voraussetzung für die der Landeskirche zu wünschende und von ihr zu erstrebende größere Selbstständigkeit erkenne.

Der gegenwärtige Erlass ist durch die Gesep-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 27. Februar 1860.

Im Namen Sr. Majestät des Königs!
Wilhelm, Prinz von Preußen, Regent.
v. Bethmann-Hollweg.

Landtag.

Herrenhaus.

Der gestrige von dem Herrn Justiz-Minister dem Herrenhaus vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Abschäfung der Lehne in dem Herzogthum Alt-Bor- und Hinterpommern umfaßt folgende 4 §§.:

S. 1. Bei Aufnahme von Lehnstaren sind, ohne Rücksicht auf deren Zweck, diejenigen landschaftlichen Abschäfungsgrundäse zum Grunde zu legen, nach welchen von der Pommerschen Landschaft die Summe der zu bewilligenden Pfandbriefe bestimmt wird.

S. 2. Soll jedoch durch die aufzunehmende Lehntaxe der Wert des Lehnguts bei dessen Theilung unter den Lehnfolgern festgestellt, oder nach solcher die den Töchtern aus dem Lehne geschicklich zu ermessende Absindung abgemessen werden, so wird der nach den Grundäsen der Bewilligungstaxe ermittelte Reinertrag mit 6 vom Hundert zu Kapital berechnet.

S. 3. Hat das bei dem abzuschägenden Lehngute vorhandene Guts-Inventarium Allodial-Eigenschaft, so wird dessen Wert, so weit es wirthschaftlich vorhanden sein muß, nach landschaftlichen Tax-Grundäsen festgestellt und von dem ermittelten Gesamtwerthe in Abzug gebracht.

S. 4. Gegen Lehntaren, welche nach den vorstehenden Grundsäsen durch die landschaftliche Behörde aufgenommen und durch die General-Landschaft bestätigt sind, findet kein prozessualisches Verfahren statt. Dem beteiligten Lehnberichtigen steht gegen eine solche Taxe nur der Rekurs an den engeren Ausschuß zu, wenn er bestimmte Aussstellungen entweder gegen das Verfahren der Tax-Kommissarien, oder gegen die faktische Grundlage der Taxe, oder endlich gegen die zur Anwendung gebrachten Abschäfungsnormen zu erheben hat und die thatfächlichen Anführungen gehörig bescheinigt. Gegen die Entscheidung des engeren Ausschusses findet eine weitere Entscheidung nicht statt. Der Rekurs muß bei Verlust dieses Rechtsmittels binnen der im §. 7 der Verordnung vom 5. Mai 1838 vorgeschriebenen Fristen bei dem die Subhastation oder die Verhandlungen über die Lehntheilung oder Lehnabsindung leitenden Gerichte angebracht werden. Der Lauf dieser Fristen beginnt mit dem auf die gerichtliche Zustellung der Taxe oder Vorlegung derselben im Termine folgenden Tage.

Die Petitions-Kommission hat über ferner 6 Petitionen Bericht erstattet, von denen wir die folgende erwähnen: Der Dr. med. Herr Eduard Angerstein fordert das Herrenhaus auf, dem Turnwesen seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und für ernstliche Durchführung der Kabinets-Ordre vom 6. Juni 1842, sowie der im Dezember 1845 bei dem Landtagsabschluze für die Provinz Pommern ausgesprochenen Theilnahme für das Turnwesen, Sorge tragen zu wollen.

Deutschland.

Berlin, 14. März.

In Beziehung auf die Verhandlungen der Militärkommission des Abgeordnetenhauses wird mehreren Blättern von hier gemeldet, daß der Abgeordnete Kühne ein schriftliches Votum eingebracht hat, in welchem er sich entschieden gegen die Vorlagen der Regierung erklärte, denen die Finanzen des Staates nicht gewachsen seien; die ordentlichen Ausgaben aus dem Staatsschafe und einer Anleihe bestreiten zu wollen, führe zum Verderben. Bei der Unsicherheit der allgemeinen politischen Verhältnisse möge vielleicht die weitere Bewilligung des Kriegszuschlags auf die persönlichen Steuern für einen beschränkten Termin gerechtfertigt sein, um der

Regierung für alle Vorsichtsmaßregeln freie Hand zu lassen; aber dem Lande solche Lasten permanent aufzulegen sei unmöglich, ohne es vor dem wirklichen Eintritte eines Kriegszustandes zu erschöpfen.

Der „A. A. Z.“ schreibt man von hier: „Der Gesundheitszustand des Bürgermeisters Naunyn hat sich so verschlimmert, daß er seiner amtlichen Stellung kaum erhalten werden dürfte. Man befürchtet, daß ihn ein ähnliches Leid treffen wird wie den König, und wie dort, scheint auch hier das Jahr 1848 mit seinen aufregenden Einflüssen dem Leiden wohl nicht fremd (?) zu sein. Auch der Oberbürgermeister Krausnick ist seit längerer Zeit leidend.“ — (Herr Krausnick wohnte in vollem Wohlsein den letzten Sitzungen des Herrenhauses bei.)

Frankfurt a. O., 9. März. Bei den unentwickelten Verhältnissen in Italien waren die Erwartungen für den Großhandel in der jetzt beendigten Reminiscere-Messe gering; dennoch hatten die Fabrikanten eine große Menge und zwar ca. 100,000 Centner Waaren hierher geschafft. Es ist indessen zur Überprüfung der Verkäufer anders gekommen und kann die Messe als eine gute Mittelmesse bezeichnet werden.

Danzig, 13. März. Die „Danz. Ztg.“ schreibt: Unser Geschwader für die ostasiatische Expedition liegt noch immer in England. Obgleich die Fregatte „Thetis“ und der Schooner „Frauenlob“ bereits am 4. d. M. vom Geschwader-Kommandanten die Ordre erhielten, innerhalb 24 Stunden die Rède Spithead zu verlassen, über Madeira, Rio-Janeiro und Buenos-Ayres zu segeln, und dort die „Arcona“ zu erwarten, so wurde folches auch schon am 5. dieses Monats Morgens durch Befehl der Admiraltät aufgehoben, mit der Weisung, zu warten, bis auch die Schrauben-Korvette „Arcona“ secklar ist; diese kam aber erst ult. Februar c. aus der Trockendock, nach abermaligem 10tägigen Aufenthalt alda, und hat nun noch mit ihren Raaen &c. verschiedene Reparaturen und Neubeschaffungen nötig. — Die neue Schrauben-Korvette „Gazelle“ ist bereits mit ihren Arbeiten, als Kupferung &c. &c. seit vorigem Freitag in der Klawitterischen Trockendock fertig, kann aber diese bei dem gegenwärtigen niedrigen Wasserstande noch nicht verlassen.

Fleensburg, 12. März. Wie ich Ihnen bereits mitgetheilt, hat die mit der Berichterstattung über den Antrag von Thommen-Oldenswort, „daß die Ständeversammlung beschließen sollte, den Minister Wolshagen in Anklagestand zu versetzen“, beauftragte Kommission sich einstimmig für die Anklage erklärt. Nach einer eingehenden Erörterung über die durch die Verfassung für das Herzogthum Schleswig festgestellten Grenzen der Verantwortlichkeit wendet sich die Kommission zu der Frage: „hat der Minister, Kammerherr Wolshagen, die Regierungsgewalt missbraucht und die Verfassung des Herzogthums Schleswig verletzt, und durch welche Handlungen?“ Die Kommission beantwortet diese Frage mit Ja, und führt alsdann speziell sieben Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen an, die im Widerspruch mit den durch die Verfassung für das Herzogthum Schleswig festgestellten Bestimmungen durchgeführt sind, und deshalb sich als Anklagepunkt qualifizieren. Sie faßt schließlich das Resultat ihrer Erörterungen in folgende Sätze zusammen:

Mit Beziehung auf die verfassungswidrige Abänderung der bestehenden Gesetzgebung, wie sie im Vorstehenden nachgewiesen ist, darf die Kommission aufmerksam darauf machen, daß die vorgenannten Gesetze ohne Mitwirkung der Stände verfassungsmäßig nur „provisorisch“ erlassen werden konnten; sie sind also, wenn sie auch nicht als provisorisch bezeichnet erlassen wurden, doch als provisorisch zu betrachten und noch den Ständen zur Beschlussschaffung vorzulegen; wenn nicht, hat der Minister das nach den Motiven bei Entwurf der Verfassung als unmöglich Vorausgesetzt möglich gemacht, die den Ständen eingeräumten Rechte umgingen und seine Amtsbesigkeiten nicht im Einklang mit der Verfassung ausgeübt, sondern überschritten. Es wird daher nach den Grundsäzen des Kriminal-Prozesses wider ihn zu verfahren sein“.

Die Kommission trägt diesem nach — mit Rücksicht darauf, daß verfassungsmäßig (§. 12) keine Gesetzveränderung für das Herzogthum Schleswig, ohne Zustimmung der Stände vorgenommen werden darf, als nur provisorisch (§. 14); daß provisorische Gesetze den Ständen demnächst zur Beschlussschaffung vorzulegen sind (§. 14); daß in den Verfügungen auf die Zustimmung der Stände Bezug genommen werden soll (§. 12); daß also nur provisorische Gesetze ohne solche Bezugnahme erlassen werden können; daß von dem Minister Wolshagen eine Menge Gesetze ohne solche Bezugnahme erlassen worden sind, daß diese Gesetze also nur als provisorische oder verfassungsmäßig gar nicht als Gesetze betrachtet werden können; daß für die Erlassung dieser Gesetze als provisorische kein dringender Grund vorhanden; daß, wenn sie nicht als provisorische Gesetze betrachtet werden können, eine Überschreitung der Amtsbesigkeiten im verstärkten Maße vorliegt; ferner mit Rücksicht darauf, daß der Minister dem Könige und den Ständen verantwortlich ist; daß er von den Ständen, wegen Erlassung pro-

